Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmaack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Pfannkuch & Co. Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die 6gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407.

Nr. 111. **Halle, Montag den 8. Oktober 1917.** **1. Jahrgang.**

Unter falscher Flagge.

Mit Spannung erwartet man im ganzen Lande die Antwort, die Herr Michaelis am Sonnabend im Reichstag auf die Frage wegen behördlicher Förderung der Alldeutschen erteilen wird. Die Dinge, die sich in der letzten Zeit zugetragen haben, sind in der Tat unerhört. Kein Mensch bestreitet den Alldeutschen und ihrer neusten Gründung, der sogenannten Vaterlandspartei, das Recht auf freie Betätigung. Was verlangt wird, ist nur, daß auch andern politischen Richtungen genau dieselben Freiheiten eingeräumt werden, deren sich die Alldeutschen erfreuen können. Was verlangt wird, das ist, daß sogenannte politische Aufklärung von Staatsbürgern an Staatsbürger gegeben wird, und daß jederzeit über den Wert dieser Aufklärung der

freieste Austausch der Meinungen

erlaubt sein muß. Was bekämpft wird und was zu verhindern die Pflicht der Regierung ist, das ist, daß die sogenannte Aufklärung von Vorgesetzten an wehrlosen Untergebenen verübt wird, die widerspruchslos alle ihnen vorgetragenen Argumente aufnehmen und womöglich noch eine äußere mit ihrer wirklichen Ueberzeugung gar nicht übereinstimmende Zustimmung zur Schau tragen müssen. Wenn die politische Aufklärung, die zwischen Freien im freien Austausch der Meinungen erfolgt, das Lebenselement aller Demokratie ist, so bedeutet umgekehrt die sogenannte Aufklärung, die von Vorgesetzten ihren Untergebenen aufgedrängt wird, den Tod jeder staatsbürgerlichen Freiheit.

Aus diesen Gründen wäre das Vorgehen untergeordneter Behörden auch dann nicht minder scharf zu verurteilen, wenn es in sachlicher Uebereinstimmung mit der Regierungspolitik erfolgte. In Wirklichkeit ist eine solche Uebereinstimmung aber keineswegs vorhanden, wenigstens dann nicht, wenn man die geschriebenen und gesprochenen Aeußerungen der behördlichen Agitation mit dem Wortlaut

feierlich abgegebener Regierungserklärungen

vergleicht. Man muß an der Aufrichtigkeit dieser Erklärungen zweifeln, wenn die Regierung gestattet, daß ein behördlicher Druck auf große Massen des Volkes im entgegengesetzten Sinne ausgeübt wird. Wenn die Regierung in Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Reichstags vom 19. Juli Politik treiben will, so kann und soll sie zwar die staatsbürgerliche Freiheit ihrer Untergebenen, andrer Meinung zu sein, respektieren, sie kann aber nicht dulden, daß die übertragene Regierungsgewalt, die von untergeordneten Behörden ausgeübt wird, als ein Instrument gegen die Regierungspolitik mißbraucht wird.

In alldeutschen Kreisen sieht man dem Verlauf der bevorstehenden Interpellationsdebatte mit starken Beklemmungen entgegen, da man sich der begangenen Mißbräuche sehr wohl bewußt ist. Als ein Mittel, die Wucht des sozialdemokratischen Angriffs abzuschwächen und ihm durch elastisches Zurückbiegen der Stellungen auszuweichen, muß man die neuste Erklärung der Deutschen Vaterlandspartei betrachten, die jetzt von der alldeutschen Presse veröffentlicht wird. Man erkennt in dieser Erklärung die Vaterlandspartei nicht wieder.

Sie trieft von Wohlwollen

nach allen Seiten und einem landläufigen Patriotismus, gegen den schlechterdings niemand etwas einwenden kann. Die Erklärung ist so vorsichtig gehalten und so ausdeutungsfähig, daß ihr selbst ein Sozialdemokrat in den meisten Punkten zur Not zustimmen könnte. Auch das Kriegsziel findet eine umständliche Umschreibung, die alle vorhandenen Gegensätze nach Kräften zu verwischen bestrebt ist. Dieses Kriegsziel wird gekennzeichnet als ein Friede, „der Entschädigung bringt für die erlittenen Verluste und die Grundlagen schafft für eine freie Entwicklung deutscher Wirtschaft und Kultur in der Welt".

Es gibt keinen Menschen in Deutschland, der eine freie Entwicklung deutscher Wirtschaft und Kultur nicht will. Und was die Entschädigung für die erlittenen Verluste betrifft, so wollen wir Sozialdemokraten sie auch, wir finden sie bloß nicht in Land und Geld, das dem Gegner abgenommen wird, sondern in der Herstellung wirtschaftlicher und

politischer Zustände im Innern,

die den furchtbaren opferreichen Kampf des Volkes nicht als vergeblich erscheinen lasse. Selbst über diese Streitfrage gleitet die neue Erklärung der Vaterlandspartei schonungsvoll hinweg, und desto ausführlicher läßt sie sich über die Notwendigkeit aus, alle innern Kräfte zusammenzufassen im Kampfe gegen den äußern Feind.

Wem drängt sich da nicht das bekannte Bild vom Wolf im Schafspelz auf? Und wer merkt nicht, zu welchem Zwecke die täuschende Verkleidung gewählt worden ist? Die neue Erklärung der Vaterlandspartei erschien genau zwei Tage vor der Interpellationsdebatte im Reichstag, und man kann daraus schließen, daß sie genau 3 Tage, nämlich bis zum Schlusse der Interpellationsdebatte Geltung behalten wird.

Wen will man damit täuschen? Weiß doch jedermann, mit welchem Geheul dieses Lamm, das kein Wässerlein trübt, in die Welt getreten ist! Mit einer Erklärung, die auf Tageswirkung berechnet ist, läßt sich die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die neue Partei eine

gegen den Reichstag gerichtete Kampfgründung

ist, und daß sich in ihr alle eroberungswütigen und reaktionären Elemente ein Stelldichein gegeben haben. Ist es aber wahr, daß die Regierung im Einklang mit der Reichstagsmehrheit Politik treibt, dann muß sie das Vorgehen der Vaterlandspartei als eine gegen ihre eigne Politik gerichtete demagogische Opposition betrachten. Die demagogische Opposition mag, um es noch einmal zu sagen, jede Freiheit genießen, die den Bürgern eines freien Staatswesens zusteht. Aber sie darf sich nicht behördliche Gewalt anmaßen, und nicht andersdenkende Untergebene unter ihr Gesinnungsjoch zwingen. Das muß jedermann einsehen, der für Klarheit und Rechtschaffenheit im öffentlichen Leben Verständnis besitzt. Die Frage, ob auch Dr. Michaelis das einsieht, sollte sich also eigentlich von selbst beantworten. Und dennoch ist man auf seine Antwort gespannt.

Der Vizekanzler.

Deutscher Reichstag.

121. Sitzung.

Berlin, 5. Oktober, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Roedern, Dr. Schwander, von Krause.

Kleine Anfragen.

Abg. **Stahl** (Soz.) weist auf das Unglück in Hennigsdorf hin und hebt hervor, daß noch jetzt Betriebsabteilungen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft unmittelbar in bewohnten Teilen von Hennigsdorf sich befinden, und fragt, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um solche Gefahren und Schäden der Einwohnerschaft in Zukunft zu verhindern.

Generalfeldzeugmeister **Coupette**: Die Betriebsabteilungen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft liegen nicht im bewohnten Teile von Hennigsdorf, sondern an seinem Rande. Auch bei noch weiterer Entfernung würde bei dem Umfang der Explosion Sachschaden nicht zu vermeiden gewesen sein. Die Füllstellen für Sprengmittel bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft sind nicht wieder in Betrieb genommen worden. Die Heeresverwaltung hat selbst das größte Interesse daran, daß Explosionen von Pulver- und Sprengstoff-Fabriken möglichst vermieden werden und sucht dies durch Erlaß entsprechender Vorschriften zu erreichen. Zur Ueberwachung dieser Vorschriften besteht beim Kriegsamt ein Ausschuß von vier Sachverständigen. Für die Ueberwachung der Pulver- und Sprengstoffbetriebe ist bei jeder Kriegsamtstelle ein Ueberwachungsausschuß errichtet. Es ist ausdrücklich angeordnet worden, daß nur die unbedingt notwendigen Mengen von Pulver und Sprengstoffen in den einzelnen gefährdeten Betrieben vorhanden sein dürfen.

Abg. **Spiegel** (Soz.) beschwert sich über eine Verordnung des Kommandierenden Generals in Münster über die Versendung von Druckschriften, durch die es den gewerkschaftlichen Organisationen unmöglich gemacht wird, ihre sich im Rahmen der Gesetze haltende Tätigkeit auszuüben.

Ein **Regierungskommissar** (auf der Tribüne fast unverständlich): Der Reichskanzler hat sich wegen der Verordnung mit den betreffenden militärischen Stellen in Verbindung gesetzt.

Abg. **Kunert** (Unabh. Soz.) beschwert sich über Versammlungsverbote gegenüber der Unabhängigen Sozialdemokratie, die anders behandelt werde als die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie Deutschlands.

Ministerialdirektor Dr. **Lewald**: Es sind nur Versammlungen verboten worden, bei denen die Gefahr einer Störung der öffentlichen Sicherheit vorlag. Seit Dezember 1916 steht gegen jedes Verbot der Beschwerdeweg offen.

Abg. **Kunert** (zur Ergänzung) Werden die Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie grundsätzlich anders behandelt als die andern Parteien?

Ministerialdirektor Dr. **Lewald**: Die Entscheidung liegt in den Händen der einzelnen Generalkommandos. (Lachen b. d. Unabh. Soz.) Ein grundsätzlicher Unterschied wird nicht gemacht.

Abg. **Vogtherr** (Unabh. Soz.) weist auf einen auf der Kreissynode in Dortmund bekanntgegebenen Erlaß des evangelischen Oberkirchenrats hin, worin die Pfarrer angewiesen werden, die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß die zur Bierbereitung noch gebrauchten Gerstenmengen unerheblich wären, sowie daß das Bier nicht nur Genußmittel, sondern auch Nahrungsmittel sei. Die Kreissynode Dortmund hat es abgelehnt, bei dieser Art Volksbelehrung Dienste zu leisten. Ist der Reichskanzler der Meinung, daß die Verbreitung solcher Lehrmeinungen über das Bier zu den Aufgaben des evangelischen Oberkirchenrats gehört?

Unterstaatssekretär Freiherr **von Braun**: Es handelte sich nicht um eine Lehrmeinung des evangelischen Oberkirchenrats über das Bier, sondern um die Stellungnahme der Regierung gegenüber zahlreichen Eingaben. Die Biererzeugung wird auch im nächsten Wirtschaftsjahr auf das Notwendigste beschränkt werden, der Reichskanzler ist aber nicht bereit, sie noch weiter einzuschränken mit Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerung. (Zustimmung rechts. Widerspruch links.)

Abg. **Vogtherr** (Unabh. Soz., zur Ergänzung): Ich frage den Reichskanzler, ob in seinen Augen die Stimmung der Bevölkerung wichtiger ist als ihre Ernährung. (Sehr gut! links.)

Präsident Dr. **Kaempf**: Das ist keine Ergänzung, sondern eine neue Anfrage.

Abg. **Held** (natl.) führt Beschwerde über die Schließung der meisten Oelmühlen.

Unterstaatssekretär Freiherr **von Braun**: Die Zusammenlegung von Oelmühlen mußte aus Gründen der Kohlenersparnis erfolgen. Eine Benachteiligung der Selbstversorger tritt dadurch nicht ein, auch hofft man, daß die Oelgewinnung nicht zurückgehen wird.

Abg. **Bock** (Unabh. Soz.) führt Beschwerde, daß die den Familien der Kriegsteilnehmer zustehende Unterstützung nicht von allen Gemeinden durch Zuschüsse ausreichend erhöht wird.

Ministerialdirektor **Lewald**: Die Unterstützungen haben im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu erfolgen. Kommt ein Kommunalverband seinen Verpflichtungen nicht nach, so steht den davon betroffenen Familien der Weg an das Ministerium offen.

Abg. **Dittmann** (Unabh. Soz.) führt Beschwerde, daß der amtliche stenographische Bericht über die Reichstagsverhandlungen vom 19. und 20. Juni, den die „Leipziger Volkszeitung" als Broschüre herausgab, verboten wurde.

Oberst **Waitz**: Das Verbot unterliegt zurzeit der Nachprüfung des Oberbefehlshabers.

Abg. Dr. **Quarck** (Soz.) führt Beschwerde, daß in Berlin, Frankfurt a. M. und andern Städten eine erhebliche Erhöhung der Stellenvermittlungsgebühren ohne die gesetzlich vorgeschriebene Anhörung des Trägers des öffentlichen Arbeitsnachweises vorgenommen worden ist, und fragt, was der Reichskanzler gegen diese Verletzung eines Reichsgesetzes seitens der Landespolizeibehörden und die daraus folgende Schädigung zahlreicher Arbeiter und Angestellten zu tun gedenkt.

Ministerialdirektor **Caspar**: Daß bei den vorgenommenen Erhöhungen der Taxen eine Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen vorgekommen ist, ist dem Reichskanzler nicht bekannt. Es sind Ermittlungen hierüber eingeleitet.

Abg. **Spiegel** (Soz.): Der Kommandierende General in Münster bedroht mit schweren Strafen denjenigen, der mittelbar oder unmittelbar für den Heeresbedarf tätige Arbeitskräfte zum Aufgeben oder Wechsel der Stelle veranlaßt. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um zu verhindern, daß Arbeiter mit Haft bestraft werden, wenn ihnen wegen Lohnabzügen oder Akkordreduktionen von den Arbeiterorganisationen und den Beisitzern in den Schlichtungsausschüssen geraten wird, sich auf Grund des Gesetzes eine andre Arbeitsstelle zu suchen.

Oberst **Marquardt**: Die angefochtene Verordnung richtet sich gegen die in großem Umfang betriebene Anwerbung von Arbeitskräften, die in den für den Heeresbedarf tätigen Betrieben dringend gebraucht, ihnen aber durch vage Versprechungen abspenstig gemacht werden. Den Vertretern der Arbeiterorgani-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171008-15/fragment/page=0001
DFG

sationen, die in Münster vorstellig wurden, wurde geantwortet, daß in keiner Weise beabsichtigt ist, die Tätigkeit der Organisationen oder die Freizügigkeit der Arbeiter einzuschränken, sondern lediglich die geschilderte Art der Anwerbung zu unterbinden. Die Vertreter der Organisationen erklärten sich dadurch auch für befriedigt und wünschten nur einen Zusatz, der ihrem Wunsch entsprechend gemacht worden ist.

Die neuen Stellen in der Reichsregierung.

Es folgt die zweite Beratung der Nachtragsforderungen für den Reichshaushalt: Es handelt sich besonders um die Stelle des Vizekanzlers und das vom Reichsamt des Innern abgezweigte neue Reichswirtschaftsamt. Der Hauptausschuß hat beschlossen, die Stelle des Vizekanzlers nur bis zum 31. März 1919 zu bewilligen und im übrigen die Nachtragsforderung anzunehmen.

Abg. **List** (natl.) berichtet über die Ausschußverhandlungen.

Reichskanzler Dr. **Michaelis**: Es ist mit der Vorlage nicht beabsichtigt, die rechtliche Grundlage der Stellung des Vertreters des Reichskanzlers irgendwie zu ändern, insbesondere auch nicht ein Vorgesetztenverhältnis zu konstruieren zwischen dem Stellvertreter des Reichskanzlers und den Staatssekretären. Der Etat entspringt rein praktischen Bedürfnissen. Mit der Gründung der verschiedenen neuen Aemter im Kriege, des Kriegsernährungsamts, des Kriegsamts usw. haben sich vielfach Verschiebungen der Kompetenzen herausgestellt. Es war deshalb nötig, eine einheitliche Leitung zu schaffen, um bei den vielfachen Ineinandergreifen der Kompetenzen die einheitlichen Richtlinien zu wahren. Dies soll die Hauptaufgabe des Stellvertreters des Reichskanzlers sein. Außerdem soll er die Vorbereitungen treffen zu den Friedensverhandlungen und der Uebergangswirtschaft. Auch hier bedarf es einer zielbewußten Leitung. Wenn man das Amt nur für eine begrenzte Zeit bewilligen will, so mag das am Platze sein, da es sich um eine Neugründung aus den Kriegsbedürfnissen heraus handelt. Die Arbeiten drängen, und derjenige, der hierbei am besten gerüstet in die Verhandlungen eintritt, hat einen Vorteil vor den übrigen. Auch hier gilt das Wort: Bereit sein, ist alles. (Bravo!)

Abg. Dr. **David** (Soz.):

Es handelt sich hier um eine tiefgreifende Umgestaltung der Verfassung. Freilich nicht der geschriebenen Verfassung, die wird durch diese Vorlage nicht berührt, aber der Verfassung, wie sie seit der Reichsgründung allmählich herausgewachsen ist. Nach der geschriebenen Verfassung liegt die Initiative zur Reichsgesetzgebung in den Ausschüssen des Bundesrats. In Wirklichkeit liegt sie in den inzwischen geschaffenen Reichsämtern und in vielen entscheidenden Fällen in den betreffenden Ressortministerien des preußischen Staates. So sind allmählich die Kompetenzen des Bundesrats vermindert worden, und die Vorlage bedeutet wieder einen tiefen Eingriff in die bundesstaatlichen Rechte. Also während uns sonst die Regierung so oft vorhält, man müsse den bundesstaatlichen Charakter des Reiches wahren, so kümmert sie sich selbst hier gar nicht darum. Der Reichstag ist bei dieser Neuordnung der Dinge wieder vor fertige Tatsachen gestellt worden. Wir können den neuen Männern nur abwartend gegenüberstehen, weder vertrauend noch mißtrauend. Während in parlamentarisch regierten Ländern jeder neue Regierungswechsel zu einem gefestigteren Vertrauen zwischen Volk und der Regierung führt, wird bei uns aus einem unsichern Zustand nur ein neuer noch unsicherer Zustand geschaffen. (Sehr wahr!) Dem vorgeschlagenen Ausbau des Reichsschatzamts und des Reichsjustizamts stimmen wir zu. Eine Teilung des Reichsamts des Innern, dieses Monstrums, eines Schlauches, der bis zum Platzen überfüllt war, war schon lange notwendig. Aber gegenüber der hier vorgesehenen Abtrennung eines Reichswirtschaftsamts mit den Unterabteilungen der Aemter für Handel und Industrie sowie für Sozialpolitik halten wir eine Dreiteilung des Reichsamts des Innern in das jetzige Reichsamt in verkürzter Form, in ein selbständiges Amt für Handel und Industrie, Reichswirtschaftsamt und drittens in ein Reichsarbeitsamt, das die Sozialpolitik, Arbeiterschutz, Volksgesundheitspflege, Bevölkerungspolitik und ähnliche Dinge zu umfassen hätte, für richtiger. Der eigentliche Grund des Widerstandes gegen ein Reichsarbeitsamt liegt in der Furcht, es könnte dadurch die

Sozialpolitik in ein zu stürmisches Tempo

gebracht werden. Nun, wir werden alles daransetzen, die Widerstände niederzubrechen, die sich aus Gewinnsucht und Habgier einer durchgreifenden Sozialreform, die gerade nach dem Kriege dringend notwendig sein wird, entgegenstellen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir wollen, daß ein ganzer Mann seine ganze Kraft der Sozialpolitik widmen kann. Die Regierung will dafür nur einen Unterstaatssekretär schaffen; das ist eine nachgeordnete ziemlich ohnmächtige Persönlichkeit gegenüber dem Staatssekretär. Selbst die Staatssekretäre sind ja heute nur eine ministerielle Vorinstanz, die nur Wünsche entgegennehmen, aber nicht selbst entscheiden können. Deshalb verlangen wir verantwortliche Reichsminister. Heute sind die Staatssekretäre nur Kulisse, hinter den Kulissen steht der Kanzler. Die Staatssekretäre sind das, was man in parlamentarisch regierten Ländern Unterstaatssekretäre nennt; sie haben noch einen Chef, den wirklich verantwortlichen Minister über sich. Nun soll jetzt noch eine weitere Kulisse zwischen sie und den Reichskanzler eingeschoben werden, der allgemeine Vizekanzler,

der Reichskanzler-Ersatz.

(Heiterkeit.) Dadurch werden die Verhandlungen mit den Staatssekretären noch schwieriger, die Ziehharmonika wird noch länger. Wenn der Stellvertreter weiter die Friedensverhandlungen vorbereiten soll, so werden sich da wieder leicht Konflikte mit den Kompetenzen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes ergeben. So kann der Stellvertreter leicht wie ein Kieselstein in der Uhr bald in dieses Rad, bald in jenes Rad hineinfallen. Dazu kommt, daß Herr Dr. Helfferich viel weniger ein Antreiber als ein Hemmer ist. Er wird viel eher geneigt sein, die originale Initiative, die schöpferische Tatkraft eines Staatssekretär zu hemmen, als einen lendenlahmen Staatssekretär anzutreiben. (Sehr wahr!) Also was hier geschaffen werden soll, ist ein ganz unhaltbarer Zustand. Nun hat man auch einige

Abgeordnete in die neuen Reichsämter

berufen. Wir sind den Herren nicht gram, daß sie uns verlassen haben, aber sie hätten doch ihre Mandate besser nicht niedergelegt, dann wäre ihre Stellung viel bedeutsamer gewesen. Ein reiner Beamtenstaatsmann verschwindet in der Versenkung, wenn er sein Amt aufgibt. Der Herr nahm ihn weg, er ist verloren. (Heiterkeit.) Deshalb sind diese Beamten immer abhängig nach oben. Viel selbständiger ist der Minister, der zugleich im Parlament ist. Tritt er infolge eines Konflikts zurück, so ist er doch wieder im Parlament an dem Platze, wo er seinen Fähigkeiten gemäß wirken kann. Von den reinen Beamten wird keiner nachher ins Parlament gehen, es sei denn, er machte endgültig Schluß mit seiner amtlichen Karriere, wie Graf Posadowsky. Das hätte bei dieser Gelegenheit einmal errungen werden können, daß Parlamentarier, die in die Regierung eintreten, zugleich Volksvertreter bleiben. Bei den Verhandlungen über Abschaffung des Artikels 9 der Verfassung wird darüber noch zu reden sein. Die Losung der Reaktionäre ist:

Während des Krieges keine Neuorientierung.

Aber auch die gegenwärtige Vorlage greift aufs tiefste in unsre Verfassung ein. Gerade der Krieg ist die Zeit für durchgreifende Neuordnung auch in der innern Politik. Das ist immer so gewesen. Das ganze Deutsche Reich muß noch während des Krieges zu einem modernen Organismus ausgebaut werden. Je durchgreifender und je rascher die Neuordnung geschieht, um so besser. Die Einführung des parlamentarischen Systems, bei dem die Regierung nichts andres sein kann, als der Vertrauensausschuß der Volksvertretung, der Volksmehrheit, ist unsre große Aufgabe. Ihre Lösung stellt ein Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Volk her, und das ist der einzige Weg, uns nach innen und außen so zu kräftigen, daß wir mit Ehren aus diesem Kriege herauskommen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Herold** (Ztr.): Die vorgeschlagene Teilung des Reichsamts des Innern entspricht den praktischen Verhältnissen; Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik gehören zusammen, denn sie ergänzen sich. Die Gründe, die der Reichskanzler für die Schaffung seines Stellvertreters dargelegt hat, konzentrieren sich in der Ausnahmestellung durch die Kriegsverhältnisse. Mit der Schaffung dieser Stelle als einer vorübergehenden Erscheinung bis zum 31. März 1919 sind wir einverstanden.

Abg. **Dove** (Fortschr. Vp.): Zurzeit halten wir die Zweiteilung des Reichsamts des Innern für genügend. Die Meinung des Abgeordneten Dr. David, daß wir ein besonderes Reichsarbeitsamt deswegen bekämpfen, weil wir davon ein zu stürmisches Tempo der Sozialpolitik befürchten, ist irrig. Gerade für die gegenwärtige Uebergangszeit ist das Zusammengreifen von Wirtschaft und Sozialpolitik notwendig. Der Vizekanzler ist nicht als Vorgesetzter der Reichsämter, sondern als eine vorübergehende Erscheinung, als eine Hilfe für den Reichskanzler während der Kriegsverhältnisse, gedacht. Eine solche Ergänzung für die Tätigkeit des Reichskanzlers in dieser Zeit ist notwendig.

Abg. Graf **Westarp** (kons.): Die Voraussetzung unsrer Zustimmung zu der Vorlage ist, daß nun nicht aus den neuen Staatssekretären neue preußische Staatsminister ohne Portefeuille werden. (Bravo! rechts.) Den praktischen Gründen des Reichskanzlers für die von ihm gewünschte Entlastung durch den Vizekanzler stimmen wir zu. Ein Reichsarbeitsamt oder ein besonderes Amt für die Reichswohlfahrtspflege wünschen wir auch in Zukunft nicht. Den Vorwurf, daß wir aus Furcht für unsern Geldbeutel keine Fortführung der Sozialpolitik wollten, weisen wir entschieden zurück. (Bravo! rechts.) Die Sozialpolitik muß in engster Fühlung mit der Wirtschaftspolitik bleiben. Wir dürfen unsre Industrie nicht konkurrenzunfähig machen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Graf **Posadowsky** (Dt. Fr.): Ich bedaure, daß die Regierung bei dieser wichtigen Frage mit dem Reichstag nicht vorher Fühlung genommen hat und daß man diese Frage als eine rein etatsrechtliche behandelt, während es sich um eine große politische Frage handelt. (Sehr richtig!) Bisher haben alle Staatssekretäre, auch noch vor ganz kurzer Zeit Dr. Helfferich, sich gegen eine Teilung des Reichsamts des Innern gewandt. Erst in jüngster Zeit ist eine Frontveränderung erfolgt. Meine Freunde werden die Vorlage in dieser Form ablehnen. Die ganzen technischen Fragen hätten einem Reichsbauamt überwiesen werden sollen. Eine solche Konzentrierung des Bauwesens unter einem Staatssekretär der öffentlichen Arbeiten würde zu großer Ersparnis führen. Ich bin oft erschreckt gewesen,

wie heute mit den Reichsgeldern gewirtschaftet wird.

(Hört, hört!) Lediglich die Bauten zu Verteidigungszwecken wären Einzelressorts zu überlassen. Die Herren Sozialdemokraten täuschen sich, wenn sie von der Schaffung eines Reichsarbeitsamts eine Förderung der Sozialpolitik erwarten. Das würde sofort zu Konflikten führen mit dem ebenfalls geforderten Reichswirtschaftsamt. Der große Kampf muß einmal ausgefochten werden, ob festgehalten werden soll an der konstitutionell-monarchischen Verfassung oder ob das Parlament die Führung übernehmen soll. Vom Gesichtspunkt der Stärkung des Reichstags aus ist es bedauerlich, daß immer mehr geheime Sitzungen stattfinden. (Sehr gut!) Der Reichstag wird so zur reinen Abstimmungsmaschine. (Lebhafte Zustimmung.) Die Ausführungen des Reichskanzlers standen im Widerspruch mit der Begründung der Vorlage, die in der Tat eine Aenderung in staatsrechtlicher Beziehung enthält. Der Stellvertreter soll die Einheit der Reichsverwaltung bei Konflikten der verschiedenen Aemter herstellen. Wie soll er das machen, wenn er nicht den ganzen Schriftwechsel kennt? Dem Grafen Westarp muß ich zugeben, daß manchmal Staatssekretäre zu preußischen Ministern gemacht sind, wo es nicht sachlich berechtigt war. Aber warum erfolgt diese Ernennung von Staatssekretären zu preußischen Ministern? Weil in den Anschauungen des Reiches und Preußens oft ein solcher Gegensatz ist. (Hört, hört! links.) Gewiß, die verschiedenen Parlamente färben etwas ab (Heiterkeit und Sehr gut!), und der Reichskanzler deshalb die Stimmen der Staatssekretäre braucht, um sich die preußischen Stimmen zu sichern. Das Stellvertretungsgesetz von 1878 enthält einen schreienden Widerspruch. Die Staatssekretäre sind danach verantwortlich, aber der Reichskanzler kann doch jederzeit jede Amtshandlung selbst vornehmen. Damit ist die Verantwortlichkeit der Staatssekretär hinfällig. (Beifall.)

Reichsschatzsekretär Graf **Roedern** weist den Vorwurf zurück, daß die Regierung den Reichstag vor vollendete Tatsachen gestellt habe, sie ist bei ihren Vorschlägen vielmehr im Zusammenhang mit der Mehrheit des Reichstags gewesen, die Teilung des Reichsamts des Innern ist vom Reichstag wiederholt gewünscht worden. Ueber die Stellung des Vertreters des Reichskanzlers ist bereits in der Kommission und vom Reichskanzler selbst das Notwendige gesagt worden. Auch die verbündeten Regierungen wünschen, daß nach dem Krieg in der Sozialpolitik nicht haltgemacht werde, die Arbeitskraft bedarf vielmehr als wertvollster Faktor des Wirtschaftslebens nach dem Kriege ganz besonderer Pflege.

Abg. **List** (natl.): Graf Posadowsky hat recht, daß das gegenwärtige Stellvertretungsgesetz für den Reichskanzler dringend der Besserung bedarf. Er hätte nur auch die Konsequenz ziehen sollen, daß die Verantwortlichkeit der Staatssekretäre festgelegt werden muß für alle Handlungen, die sie selbständig innerhalb ihrer Ressorts ohne Eingriff des Reichskanzlers vollziehen. Eine Dreiteilung des Reichsamts des Innern halten wir zurzeit für noch nicht angängig. Immerhin bedeutet die jetzige Reglung für uns nur ein Provisorium. Für später wünschen wir die Schaffung eines besonderen Reichshandelsamts und eines Reichswohlfahrtsamts. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. **Stadthagen** (Unabh. Soz.): Ist der Reichskanzler fähig, sein Amt auszufüllen, so braucht er keinen Stellvertreter. Ist er unfähig dazu, so darf er nicht Reichskanzler sein. Hier soll nach Art des Sitzredakteurs ein Sitzreichskanzler geschaffen werden. (Heiterkeit.) Die Vorlage ist ein klarer Bruch mit dem Stellvertretungsgesetz von 1878. Wir lehnen die Vizekanzlerschaft auch als Provisorium ab. In der Frage der Teilung des Reichsamts des Innern treten wir für die Schaffung eines Reichsarbeitsamts ein. Daß Deutschland in der Sozialpolitik den andern Ländern voransteht, ist eine Unwahrheit. Wir haben in Deutschland gar keinen Anlaß zu solch pharisäerhafter Ueberhebung. Das bißchen, was in der Sozialpolitik bei uns erreicht worden ist, verdanken wir dem Drängen der Sozialdemokratie.

Die Diskussion schließt. Der Nachtragsetat und die Anträge der Kommission werden angenommen, die Schaffung des Vizekanzlers gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Deutschen Fraktion.

Die von den Sozialdemokraten beantragte Resolution auf Schaffung eines besondern Reichsarbeitsamts wird abgelehnt.

Debattelos wird hierauf die Ergänzung zum Besoldungsgesetz angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Interpellationen über behördliche Agitation zugunsten der Alldeutschen und über Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts.)

Schluß ½8 Uhr. —

Was der Krieg bringt.

Der schwere Flandernkampf.

Im deutschen Heeresbericht vom Freitag wurde der 4. Oktober als ein Schlachttag von seltener Schwere bezeichnet. Ueber die Kämpfe an diesen Tagen werden in dem halbamtlichen Ergänzungsbericht noch folgende Mitteilungen gemacht:

An der flandrischen Front suchte am 4. Oktober der Engländer in gewaltigem Großkampf unter Einsatz stärkster Kräfte und aller Mittel eine Entscheidung im Kampf um die U-Boot-Basis. Ein großer Teil der englischen Armee wurde hier gegen einen Bruchteil der deutschen Armee eingesetzt. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend tobte die erbitterte Schlacht. Hatte die Artillerievorbereitung der letzten Tage schon alles bisher Dagewesene übertroffen — nach den Feststellungen Churchills vom 3. Oktober sind allein in der letzten Woche in Flandern viermal soviel Granaten verschossen worden, wie 1916 an der Somme —, so war auch die Fortsetzung des Artilleriekampfs während der Schlacht selbst von bisher nie gekannter Stärke.

Im ersten Morgengrauen warf der Gegner gegen den Abschnitt der Bahn Boesinghe—Staden bis zum Kanal von Hollebeke gewaltige, tiefgegliederte Infanteriemassen — englische, australische, neuseeländische Divisionen und Schotten — zum Angriff vor, denen starke Reserven dichtauf folgten. Alles was die moderne Kriegstechnik an Angriffsmitteln erfunden und geschaffen hat, begleitete diesen Anprall. Durch unsre wuchtigen und kraftvoll geführten Gegenstöße wurde das erbitterte Ringen bis zum äußersten gesteigert. Den ganzen Tag wogte der Kampf in unverminderter Stärke hin und her. Unablässig warf der Feind neue Verstärkungen in die Schlacht und versuchte durch den rücksichtslosesten Menscheneinsatz die ersten Anfangserfolge zu erweitern. Polcapelle, Zonnebeke und Gheluvelt schälten sich bald als Brennpunkte des erbitterten Kampfes heraus.

Am späten Abend versuchte abermals der Gegner seinen etwa einen Kilometer tiefen Einbruch in unsre Abwehrzone zu erweitern. Um 6½ Uhr abend warf er gegen die Front unsres Trichterfeldes westlich Passchendaele-Becelaere frische geschlossene Infanteriemassen zum Angriff vor. Desgleichen erfolgte um 7 Uhr abends beiderseits der Chaussee Ypern—Menin ein neuer Angriff, der von starken, frischen feindlichen Kräften ausgeführt wurde. Wiederum entspann sich ein Ringen von höchster Erbitterung, ohne daß es dem Gegner gelang, irgendwelche weitere Vorteile zu erringen. Erst nach 10 Uhr abends flaute die Infanterieschlacht ab. Die weitgesteckten Ziele der Engländer wurden nicht im entferntesten erreicht. In der Abwehrzone unsres Trichterfeldes brach auch dieser neue Großangriff des Gegners abermals unter den allerschwersten Verlusten blutig zusammen.

Nachts setzte der Feind sein Zerörungsfeuer auf unsre Linien fort, das in den Morgenstunden des 5. Oktober sich stellenweise wieder verdichtete. —

* * *

17000 Tonnen.

Amtlich wird gemeldet:

Durch die Tätigkeit unsrer U-Boote wurden im Sperrgebiet um England neuerdings 17000 Bruttoregistertonnen versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich drei bewaffnete Dampfer, von denen zwei englischer Nationalität waren, ferner der englische Fischkutter „P. M. 206 Ronald“. —

* * *

Das russische Chaos.

Die demokratische Konferenz hat mit 531 gegen 241 Stimmen die Wahl von 305 Mitgliedern zum Vorparlament beschlossen.

Die Blätter melden unter Vorbehalt, daß die Bemühungen zur Bildung eines Koalitionskabinetts gestern den ganzen Tag fortgesetzt worden, aber auf unvorhergesehene Schwierigkeiten gestoßen sind. Die Moskauer Industriellen erklärten, daß die Bildung eines Vorparlaments durch die demokratische Konferenz eine neue Tatsache darstelle, die die politische Lage ändre. Sie sind der Ansicht, daß das Vorparlament eine ernste Behinderung für die Bildung einer starken Regierungsgewalt bedeute. Es wurden daher abends Verhandlungen mit andern bürgerlichen Gruppen eingeleitet, vor allem mit den Petersburger Kadetten. Heute findet, um ein Kompromiß zu schaffen, eine Versammlung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171008-15/fragment/page=0002

von Mitgliedern der Regierung mit den Moskauer Industriellen, den Petersburger Kadetten und fünf Mitgliedern der demokratischen Konferenz statt.

In einer Vollsitzung des Arbeiter- und Soldatenrats wurde die Wiederwahl des Vollzugsausschusses beschlossen. Darauf wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Das Land wird von einer neuen Gegenrevolution bedroht, denn die Organisation der kapitalistischen Gegenrevolutionäre besteht weiter, beispielsweise in Moskau, wo gegenwärtig eine Konferenz von Politikern stattfindet, auf die sich die Bewegung Kornilows stützte.

Die künstlich gebildete demokratische Konferenz ist unfähig, die Frage der Regierungsgewalt zu lösen. Das Vorparlament, in welchem die konservativen Elemente überwiegen werden, wird nur ein Vorwand für neue Vergleiche mit der Bourgeoisie sein. Die Gegenrevolution wird nur durch die organisierten Mittelpunkte der revolutionären Demokratie und ähnliche Organe besiegt werden können, die daher alsbald ihre ganze Kraft aufbieten müssen, um zu versuchen, sich der ganzen Gewalt im Lande zu bemächtigen. Es soll sofort ein allgemeiner Kongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte stattfinden, um über ein gemeinsames Vorgehen zu beraten.

Der Vorsitzende des Ausstandsausschusses der Eisenbahner sandte gestern an alle Bahnlinien ein Telegramm, wonach mit Rücksicht auf die Langsamkeit, mit der die Regierung die Frage der Lohnerhöhungen behandelt, in der Nacht zum 7. Oktober um Mitternacht der gesamte Zugverkehr mit Ausnahme der Militär- und Munitionszüge eingestellt werden soll. Gestern abend veröffentlichte Kerenski einen Mahnruf an alle Eisenbahner, das Unglück des Vaterlandes nicht durch eine unbesonnene Handlungsweise zu vergrößern, sondern einige Tage zu warten, da die Frage unverzüglich entschieden werden solle. —

* * *

Gesetz zum Schutze der Entente.

Der Petersburger „Djen" berichtet:

„In Anbetracht dessen, daß in letzter Zeit in verschiedenen Blättern Aufsätze aufzutauchen beginnen, die gegen die mit uns verbündeten Mächte und deren diplomatische Vertreter beleidigende Ausfälle enthalten, beschloß die provisorische Regierung, ein besonderes Gesetz zur Bekämpfung dieser Erscheinung zu erlassen. Der Gesetzentwurf ist vom Justizministerium bereits ausgearbeitet worden und wird der provisorischen Regierung zur Bestätigung vorgelegt werden. Das Gesetz wird jede Verbreitung falscher Nachrichten durch die Presse und jede boshafte Besprechung von Maßnahmen der Regierung der mit uns verbündeten Länder mit Gefängnisstrafe bis zu 1 Jahr und 9 Monaten unter Einbuße aller Rechte und Vorrechte bedrohen. Sollte das Verbrechen zu einer Störung in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Rußland und seinen Verbündeten Anlaß geben, wird der Schuldige mit 4 Jahren Zuchthaus bestraft werden und aller Rechte und Vorrechte verlustig gehen."

Das Gesetz sollte man sich wirklich „gesetzlich schützen" lassen!

* * *

Zuckerrüben als Viehfutter.

Der Verein der deutschen Zuckerindustrie empfiehlt, daß von einer um ungefähr 15 Prozent gekürzten Produktion der Rohzuckererzeugung, die hiebei gesparten Rüben zu 45 Prozent für die Verfütterung freigegeben sind. Die Kürzung der Produktion muß angeblich erfolgen, weil nicht genügend Kohlen für die Zuckerfabriken herbeigeschafft werden können. Hiergegen muß mit aller Entschiedenheit Einspruch erhoben werden. Bei unirer gegenwärtigen mangelhaften Ernährung auf die volle Ausnutzung der Zuckerrüben für die Verarbeitung zu Zucker zu verzichten, wäre ein Verbrechen. Für die Rohzuckerfabrikation muß die nötige Kohlenmenge herbeigeschafft werden. Zucker ersetzt uns das mangelnde Fett und enthält einen hohen Nährwert. Erst werden die Rübenpreise auf 2,50 pro Zentner erhöht mit der Begründung, es müsse der Rübenbau angeregt werden, damit die Zuckerproduktion gesteigert werden kann und nun will man den guten Ertrag der Rübenernte zu einem Teil im Futtertrog verschwinden lassen. Das würde die Ernährungspolitik vollkommen auf den Kopf stellen. —

Notizen.

Elsaß-Lothringen. In der elsaß-lothringischen Frage dürfte schon in den allernächsten Tagen ein entscheidender Schritt vorwärts gemacht werden. Am letzten Sonnabend, an dem die Vertreter der Mehrheitsparteien Besprechungen mit dem Reichskanzler hatten, wurde auch die Zukunft Elsaß-Lothringens besprochen und der Reichskanzler hat sich damals 8 Tage Bedenkzeit zur Beantwortung der an ihn gestellten Fragen ausgebeten. Diese 8 Tage sind jetzt abgelaufen und man erwartet, daß an einem der nächstfolgenden Tage der Reichskanzler eine neue Einladung ergehen lassen wird. Die Wünsche der Reichstagsmehrheit bewegen sich angeblich in der Richtung, daß Elsaß-Lothringen ein Bundesstaat, aber unter starken demokratischen und parlamentarischen Garantien wird und es scheint, daß auch die Reichsleitung diesen Weg gehen will. —

*

Für Frieden und Freiheit. Zu einer imposanten Kundgebung für den Verständigungsfrieden und den freiheitlichen Ausbau Deutschlands gestaltete sich eine Volksversammlung, die am Dienstag abend in Braunschweig tagte. Der Zustrom zur Versammlung war so stark, daß der große Saal des Wilhelmsgartens abgesperrt werden mußte. Unter den Teilnehmern waren die „Unabhängigen" sowie die Spartacusanhänger sehr stark vertreten. Abg. Schöpflin sprach unter großem Beifall für den Verständigungsfrieden, ebenso auch der Vertreter Braunschweigs im Reichstag, Abg. Blos, in einer kurzen Ansprache. Von dem Rechte der freien Aussprache machte niemand Gebrauch. Gegen nur fünf Stimmen fand eine Resolution Annahme, die der Friedenskundgebung des Reichstags zustimmt, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion das Vertrauen ausspricht, daß sie auch in Zukunft, wie bisher, in energischer Weise für den Frieden eintreten werde. —

*

Ein Flugblattprozeß. Der Dreher Oskar Weiß hatte in Berlin ein Flugblatt verbreitet, in dem die Namen des Druckers und Verlegers fingiert angegeben waren, kind welches zur Arbeitseinstellung, die auch zum Teil Erfolg hatte, aufforderte. Er wurde deshalb, wie das „Berl. Tagebl." berichtet, am Freitag von der 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin I zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, auf welche Strafe sechs Monate von der acht Monate dauernden Untersuchungshaft angerechnet wurden. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr Gefängnis beantragt. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. —

*

Päpstliche Vermittlung. Nach dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt „Daily Telegraph" aus Rom vom 2., daß der Papst tatsächlich der Entente seine Vermittlung angeboten hat und ihre Antwort erwartet. —

*

Die Dienstpflicht der Ausländer. Im Hauptausschuß des Reichstags wurde am Freitag u. a. über die Dienstpflicht von Ausländern im deutschen Heere verhandelt. Es handelt sich hierbei um Ausländer, die seit Jahren in Deutschland wohnen und dann zum Heeresdienst eingezogen worden sind, weil sie als „Staatenlose" betrachtet wurden, d. h. als Leute, die ihre ehemalige Staatsangehörigkeit durch ihren dauernden Aufenthalt in Deutschland verloren, die deutsche Staatsangehörigkeit aber nicht erworben haben. Abg. Heine (Soz.) stellte den Antrag, „Personen, die eine andre Staatsangehörigkeit gehabt, die deutsche Staatsangehörigkeit aber nicht erworben haben, dürfen nicht zum Heeresdienst eingezogen werden und sind zu entlassen, wenn sie bereits eingestellt worden sind." Der Antrag wurde nach längerer Debatte mit großer Mehrheit angenommen, mit einem vom Zentrum beantragten Zusatz: „Die Hilfsdienstpflicht wird dadurch nicht berührt." —

*

Die Wahlen zum finnischen Landtag. Bei den Wahlen zum finnischen Landtag wurden abgegeben 30 706 Stimmen für den Block der vereinigten Bürgerlichen, 30 106 für die Sozialdemokraten, 6304 für die Schwedische Partei, 2621 für die Partei der Landwirte und 1591 für die christliche Arbeiterpartei. Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte die Arbeiterorganisationen aufgefordert, an diesem Tage die Arbeit ruhen zu lassen. Die wichtigsten Punkte des sozialdemokratischen Wahlprogramms lauten: Innere Freiheit Finnlands; 8stündiger Arbeitstag; allgemeines und gleiches Wahlrecht in den Gemeinden; vollständige Rechtsgleichheit der Instleute. —

Trommelfeuer in Flandern.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 6. Oktober 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Kampfgelände der flandrischen Front verstärkte sich das tagsüber kräftige Störungsfeuer am Abend zu einzelnen Trommelfeuerwellen zwischen Poelcapelle und Gheluvelt.

Englische Angriffe erfolgten nicht; vorstoßende Erkundungsabteilungen wurden zurückgeworfen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordöstlich von Soissons nahm abends die Artillerietätigkeit an Stärke und Planmäßigkeit zu.

Nordöstlich von Reims scheiterte ein französischer Vorstoß.

Auf beiden Maasufern brachen unsre Sturmtrupps bei Malancourt, Béthincourt, Forges, Samogneux und Bezonvaux in die feindlichen Stellungen und kehrten überall mit Gefangenen zurück.

Stürmische Witterung schränkte die Fliegertätigkeit ein; fünf feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen. Leutnant Müller errang den 29. Luftsieg.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine größern Kampfhandlungen.

Mazedonische Front:

Mehrfach bekämpften sich die Artillerien lebhafter als sonst. Oestlich des Doiran-Sees wurde der Angriff eines englischen Bataillons durch die bulgarischen Sicherungen abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

* * *

Angriffe in der Bukowina.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 7. Oktober 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Regenfällen und Wind blieb die Gefechtstätigkeit bei fast allen Armeen gering.

In Flandern lag starkes Störunsfeuer, durchsetzt mit einzelnen heftigen Feuerstößen, auf dem Kampffeld zwischen Poelcapelle und Zandvoorde.

Vor Verdun lebte auf dem Ostufer der Maas die Feuertätigkeit zeitweilig auf. Erkundungsgefechte riefen dort und in mehreren andern Abschnitten vorübergehend eine Steigerung des beiderseitigen Feuers hervor.

*

Die Auswertung der Lichtbildaufnahmen unsrer Flieger bestätigt, daß unsre Bombenangriffe auf die Festung Dünkirchen starke Zerstörungen in mehreren Stadtvierteln, besonders an den Hafen-, Speicher- und Bahnanlagen, verursacht haben. Empfindliche Hemmungen des englischen Nachschubs werden dadurch erreicht worden sein.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front Prinz Leopold.

Nordöstlich von Riga, bei Dünaburg und am Ikruez bekämpften sich mehrfach die Artillerien lebhaft.

Front Erzherzog Joseph.

In der Bukowina griffen die Russen unter Einsatz von Panzerkraftwagen unsre Stellungen bei St. Onufrey und Waschtouy an. Der Feind wurde durch Feuer abgewiesen, aus Waschtouy durch Gegenstoß deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen vertrieben. Gefangene blieben in unsrer Hand.

Bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

lebte an untern Sereth und bei Tulcea die Kampftätigkeit der Artillerien auf.

Mazedonische Front

Nichts Wesentliches.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

*

Der Abendbericht.

Berlin, 7. Oktober. (Amtlich.) In Flandern am Abend sich steigernder Feuerkampf zwischen Langemarck und Zonnebeeke.

An den übrigen Fronten nichts Wesentliches.

Kapitän Bröhans Werbung.

Ein humoristischer Seeroman von W. W. Jacobs.

(21. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Der gemütliche Bummel wurde aufgegeben, und die beiden folgten in respektvoller Entfernung ihrem ahnungslosen Kameraden. Der Tag war heiß, und der Pfad, der bald auf der Höhe der Klippen, bald an ihrer Seite entlang lief, war anscheinend der Aufmerksamkeit der lokalen Behörden entgangen. Kein andres menschliches Wesen war in Sicht, und die einzigen sich bewegenden Gestalten waren ein paar Schafe, die von dem kurzen Gras naschten und bei ihrer Annäherung davonliefen, und zwei Möwen, die sich in den Lüften wiegten.

„Wir müssen eher da sein als er," sagte Hinnerk, behutsam eine beschwerliche Stelle des Pfades entlangschreitend.

„Er würde uns sehn, wenn wir unten am Strand entlang laufen täten," entgegnete der Koch.

„Auf die Kieselsteine kann man auch nich laufen," sagte Hinnerk, „und es hat keinen rechten Zweck, grad rechtzeitig zu kommen, daß wir sehn, wie er den kappen finden tut, nich?"

„Wir müssen 'ne Gelegenheit abwarten," meinte der Koch.

Hinnerk grunzte.

„Und wenn sie kommen tut, müssen wir sie gleich mit eins ergreifen," fuhr der Koch fort, dem das Grunzen nicht gefiel.

Sie setzten ihren Weg eine Zeitlang fort, obwohl Hinnerk sich bitter über die Hitze beklagte und sich fortwährend seine triefende Stirn wischte.

„Er geht nach'n Strand 'runter," sagte der Koch plötzlich. „Nimm 'nen Anlauf, Hinnerk, und wir wollen ihm vorbeilaufen."

Der dicke Matrose entsprach dem Wunsche nach besten Kräften, und wie er an der Stelle ankam, wo Schorse verschwunden war, warf er sich in das Gras und lag prustend da. Er wurde vom Koch durch einen Ruf der Ueberraschung erschreckt.

„Rasch weiter, Hinnerk," sagte er eindringlich; „er will schwimmen."

Sein Freund kroch zum Rande der Klippe und guckte hinüber. Ein Häufchen Zeug lag gerade unter ihm, und Schorse schritt mit großen Schritten über den Sand zum Wasser.

„Komm los," wiederholte der Koch ungeduldig, „wir haben 'nen Vorsprung."

„Ich würde lachen, wenn jemand sein Zeug stehlen tät," sagte Hinnerk rachsüchtig, während er auf die Kleidungsstücke blickte.

„Das könnt uns passen, wenn's jemand tun tät," sagte der Koch. „Wir würden dann 'ne Menge Zeit haben, uns in Piggots Bucht umzukucken." Er sah Hinnerk beim Sprechen an und las dessen schrecklichen Plan in seinen Augen.

„Nee, nee!" sagte er hastig.

„Mich stehlen, Koch," meinte Hinnerk verführerisch, „nee, nur untern Kies vergraben. Wir woll'n austreten, wer's tun soll."

Sechzig Sekunden lang führte der Koch einen scherzhaften Kampf mit seinem Versucher.

„Es is ja man Jux, Koch," sagte Hinnerk lustig. „Schorse würde der erste sein, der lachen tät, wenn's jemand anders sein Zeug wär."

Er schnellte einen Taler in die Höhe und hielt ihn dann, ihm sorgfältig verdeckend, dem Koch hin.

„Kopf," sagte der letztere leise.

„Wappen," rief Hinnerk vergnügt; „mach zu, Koch."

Der Koch kletterte, ohne ein Wort zu verlieren, hinunter und vergrub schnell, nicht ohne einen unruhigen Blick seewärts zu werfen, die Kleidungsstücke, worauf er wieder die Klippe emporkomm und zu seinem frohlockenden Komplicen stieß. Sie entfernten sich schweigend, wobei sie sich in einiger Entfernung vom Rande der Klippe hielten.

„Geschäft is Geschäft," bemerkte der Koch nach einer Weile, „und er wollt mich mit ins Syndikat rein."

„Er war geldgierig und wollte allens haben," sagte Hinnerk mit Strenge.

„Vielleicht, daß das 'ne Lehre für ihn is," meinte der Koch salbungsvoll. „Ich hab mich die Stelle genau gemerkt, im Falle, datz er sie nich finden tut. Jederein würd das mich getan haben."

Sie marschierten eine Stunde lang weiter, bis sie ganz plötzlich auf ein kleines Fischerdorf stießen, das in einer winzigen Bucht lag. Zwei oder drei kleine Fahrzeuge waren hinter der steinernen Mole verankert, auf der drei kleine Kinder in all der Ruhe, die ihnen ihr Sonntagszeug auferlegte, friedlich auf und ab spazierten.

„Hier muß es sein," sagte Hinnerk. „Halt Deine Augen offen, Koch."

„Wie heißt dieser Ort, Maat?" fragte Hinnerk erwartungsvoll einen vorübergehenden alten Seebären.

„Fischbek," sagte der Alte.

Hinnerk machte ein enttäuschtes Gesicht. „Wie weit ist es denn noch bis Piggots Bucht?" fragte er.

„Bis wo?" fragte der Alte, seine Pfeife aus dem Munde nehmend und ihn scharf anblickend.

„Piggots Bucht," erwiderte Hinnerk.

„Woll'n Sie mich wirklich erzählen, daß Sie nach Piggots Bucht wollen?" fragte der alte Mann.

„Warum nich?" sagte Hinnerk kurz.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171008-15/fragment/page=0003

Halle und Saalkreis.

Halle, 8. Oktober 1917.

* **Die Bezugsscheine für Winterkartoffeln** werden für diejenigen Haushaltungen, die ihre Bestellscheine auf den Namen eines Lieferanten (Landwirts) aus dem Kreise Querfurt ausgefertigt oder die sich für Selbstabholung vom Güterbahnhof entschieden haben, von Montag an in den städtischen Markenausgabestellen ausgegeben. Jedoch können zunächst nur diejenigen Haushaltungen ihre Scheine in Empfang nehmen, die ihre Bestellscheine rechtzeitig in folgenden Markenausgabestellen abgegeben haben: Talamtstraße 3, Hackebornstraße 4a, Ratswerder 3 (Paradies), Glauchaer Straße 19, Wörmlitzer Straße 16, Merseburger Straße 103, Liebenauer Straße 4 (Preßlersberg), Landwehrstraße 14, Merseburger Straße 10 (Schultheiß), Martinstraße 16, Kurze Gasse 1, Am Güterbahnhof 3, Große Steinstraße 35, Weidenplan 4, Henriettenstraße 3, Bernburger Straße 24 (Weißbiersalon), L.-Wucherer-Straße 33, Reilstraße 132, Reilstraße 35, Burgstraße 72 (Mohr). Bei einem etwa inzwischen erfolgten Wohnungswechsel sind die Bezugsscheine in der für die bisherige Wohnung zuständigen Markenausgabestelle abzuholen. Jedesmal ist der Lebensmittelschein vorzulegen. Wegen Aushändigung der Bezugsscheine an die Haushaltungen der andern Markenausgabestellen ergeht in den nächsten Tagen noch eine besondere Bekanntmachung. Die Bezugsscheine der Selbstabholer sind mit laufenden roten Nummern versehen. Wann die einzelnen Haushaltungen zur Abholung der Kartoffeln zugelassen werden, wird demnächst bekanntgegeben. —

* **Die Ausgabe der Warenbezugsscheine** (Serie XI) findet von Montag den 8. Oktober an in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken statt. —

* **Verfallene Warenbezugskarten.** Die zur Entnahme eines Pakets Zwieback oder ½ Pfundes Keks berechtigenden Abschnitte C der grünen Warenbezugskarten für Kinder und Greise verlieren Montag den 8. Oktober ihre Gültigkeit. —

* **Weitere Lebensmittel.** In der Woche vom 8. bis 14. Oktober gelangen außerdem noch zur Verteilung auf den Kopf der Bevölkerung: ¼ Pfund Haferflocken und 1 Pfund Zwiebeln. Der Verkauf wird durch besondere Bekanntmachungen noch näher geregelt. —

* **Aepfel- und Birnenhöchstpreise.** Von der Preiskommission der Provinz Sachsen sind der Gruppe I der Aepfel (Erzeugerhöchstpreis 40 Mark für den Zentner) neu zugewiesen: Ripstons Pepping, Baumanns Renette, Graue Renette, Harberts Renette, Halberstädter Jungfernapfel; ferner der Gruppe I der Birnen (Erzeugerhöchstpreis 35 Mark): Napoleons Butterbirne, Grumbkower Birnen, Le Lektier. Auch bei diesen neu hinzugekommenen Obstsorten der Gruppe I müssen die Früchte nach Größe und Beschaffenheit als Edelobst anzusprechen sein, sonst fallen sie unter die Preise der Gruppe II und III. —

* **Neue Milchhöchstpreise.** Innerhalb des Stadtbezirks Halle darf im Kleinhandel der Preis für 1 Liter Vollmilch 46 Pfennig, für 1 Liter Magermilch 24 Pfennig nicht überschreiten, ab Laden, Wagen oder an das Haus; im Großhandel frei Bahnwagen oder Absendestelle für den Liter Vollmilch nicht mehr als 34 Pfennig, für den Liter Magermilch nicht mehr als 17 Pfennig, für molkereimäßig behandelte Vollmilch pro Liter 2 Pfennig mehr. Für Teile von Litern gelten diese Preise mit der Maßgabe, daß Bruchteile von Pfennigen nach unten abgerundet werden müssen, so daß der Preis für ¼ Liter Vollmilch 11 Pfennig, der Preis von ¾ Liter 31 Pfennig nicht überschreiten darf. Wird an einen Verbraucher gegen mehrere Karten Milch abgegeben, so ist für die Preisberechnung die abgegebene Milchmenge nicht als Einheit anzusehen. —

* **Freiwillige Ablieferung von Einrichtungsgegenständen.** Durch eine Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos ist die Frist zur freiwilligen Ablieferung der beschlagnahmten Einrichtungsgegenstände aus Kupfer und Kupferlegierungen bis zum 31. Oktober verlängert worden. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die erhöhten Preise und ein Zuschlag von 1 Mark pro Kilo gezahlt. Die Ablieferung kann in der Sammelstelle Turnhalle am Roßplatz werktags von 9 bis 3 Uhr und Sonnabends von 9 bis 12 Uhr erfolgen. Diejenigen, denen die freiwillige Ablieferung der Gegenstände bis zu dem obengenannten Zeitpunkt wegen Mangels an geeigneten Handwerkern nicht möglich ist, können sich den Zuschlagspreis bis 15. Dezember sichern, wenn bis zum 20. Oktober ein gehörig begründeter Antrag auf Ueberweisung von Arbeitskräften beim Magistrat gestellt wird. —

* **Volksbildungsverein.** Die erste Veranstaltung: Lichtbildervortrag über „Mit dem U-Boot gegen England" und die Hauptversammlung findet Dienstag den 9. Oktober in der Kaiser-Wilhelms-Halle, Neue Promenade (nicht am 10. Oktober in den „Thaliasälen") statt. Eintritt für Mitglieder 10 Pfg., Beginn 8 Uhr. Ausgabe der neuen Mitgliedskarten und Aufnahme neuer Mitglieder von 7 bis 8 Uhr an der Abendkasse. —

* **Wer den Betrieb eines stehenden Gewerbes anfängt,** hat hiervon der Gemeindebehörde vorher oder gleichzeitig Anzeige zu erstatten. Die entsprechenden Anmeldungen für den hiesigen Stadtbezirk haben schriftlich oder mündlich im Steuerbureau, Rathausstraße 4, I, Eingang Kleine Steinstraße, zu erfolgen. Bei der mündlichen Anmeldung sind Legitimationspapiere vorzulegen. Gewerbetreibende, die während des Krieges ihren Betrieb vorübergehend geschlossen haben, müssen die Wiedereröffnung des Betriebs neu anmelden. —

* **Eine „Gesellschaft für Patentverwertung"** in Berlin, als deren Vertreter der Inhaber eines gutklingenden adligen Namens zeichnet, preist sich Erfindern in überschwenglichen Schilderungen ihrer kapitalkräftigen Verbindungen und beispiellosen Erfolge als Vermittlerin für die Verwertung von Patenten und Gebrauchsmustern an. Eine besondere Anziehungskraft übt eine in ihren gedruckten Prospekten enthaltene Garantie-Erklärung aus in Verbindung mit dem Versprechen einer Vertragsstrafe von 3000 Mark für den Fall, daß die Gesellschaft nicht binnen 4 Wochen nach Aufnahme der Verwertungsverhandlungen dem Erfinder ein Ergebnis der Verhandlungen erbringe. Während nun aber der Erfinder aus den Anpreisungen herausliest, daß binnen 4 Wochen ein günstiges Ergebnis erreicht werde, legt die Gesellschaft selbst dieses Versprechen so aus, daß sie entweder ein positives oder ein negatives Ergebnis mitzuteilen sich verpflichte. Aus der Art, wie sie diese Aufklärung gibt, ist zu entnehmen, daß die negativen Ergebnisse überwiegen. Aber noch ein anderer Trick liegt in dieser Anpreisung verborgen. Innerhalb 4 Wochen nach Aufnahme der Verwertungsverhandlungen will sie das Ergebnis erbringen. Ja, aber wann nimmt sie die Verwertungsverhandlungen auf? Die Leser des Prospekts müssen glauben, daß die Sache furchtbar schnell geht, weil sich die Gesellschaft eine 5prozentige Tantieme an dem Erlös der Erfindung ausmacht. Das aber ist wiederum auf Irreführung berechnet. Denn diesem Patentbureau kommt es anscheinend nur darauf an, unter irgendeiner Bezeichnung, also entweder als Gebühren für die Anmeldung von Auslandspatenten oder als Entgelt für Materialbeschaffung u. dgl. Vorschüsse von allzu vertrauensseligen Erfindern zu erlangen. Es wird daher bei der Eingehung von Geschäftsverbindungen mit sogenannten Patentverwertungsgesellschaften oder Patentbureaus größte Vorsicht empfohlen. —

* **Vom Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Der Acker an der Artilleriestraße ist eingeteilt und mit Nummern versehen. Diejenigen Kleinpächter, die auf diesem Acker Land gepachtet haben, werden ersucht, sich unverzüglich nach dem Acker zu begeben und auf derjenigen Parzelle, auf der die ihrer roten Ausweiskarte entsprechende Nummer steht, an den vier Ecken mit Namen versehene Pfähle einzuschlagen. Die vier Ecken sind durch Spatenaushebungen gekennzeichnet. Am Montag nachmittag wird sich jemand von der Geschäftsstelle auf dem Acker an der Artilleriestraße einfinden, um in zweifelhaften Fällen Auskunft zu geben. Der Acker am Canenaer Weg wird bis Dienstag fertig eingeteilt sein. An diesem Tage, nachmittags 3 Uhr, wird Auskunft auf diesem Acker erteilt. Die rote Ackerkarte ist unbedingt mitzubringen. Auch diejenigen Kleinpächter, die auf dem Acker am Canenaer Weg von Frau Dehoff Land erhalten hatten, werden ersucht, sich einzufinden, damit sie die ihnen zukommenden Nummertäfelchen auf den Parzellen anbringen können. Es ist dringend zu raten, so bald als möglich mit dem Umgraben zu beginnen. —

* **Polizeiliche Geschäftsschließung.** Dem Kaufmann Hans Gieseler hier, Leipziger Straße 19, ist auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 betreffend die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel die Ausübung des Handels mit Lebens- und Futtermitteln untersagt worden. —

* **Straßenbahnunfall.** An der Alten Promenade lief ein 11 Jahre alter Schüler gegen einen aus der Friedrichstraße kommenden Straßenbahnwagen, wurde einige Meter mitgeschleift und erlitt an der linken Kopfseite sowie am linken Knie leichte Verletzungen, so daß er der kgl. Klinik zugeführt werden mußte. —

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Kartoffeln. Von Montag an auf Marke 10 der roten Kartoffelkarte jede Person 5 Pfd., außerdem auf Marke 11 jede Person 3 Pfd. als Reserve. —

Butter. Von Dienstag an jede Person 50 Gramm auf den für die 64. Woche gültigen Abschnitt der Fettkarte. —

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Eine Luther-Gedächtnis-Ausstellung wird im städtischen Museum in der Moritzburg am 21. Oktober eröffnet. Universität, Provinzialmuseum, Franckesche Stiftungen, das städtische Museum zu Eisleben und private Sammler werden sich an der Ausstellung beteiligen, so daß eine recht ansehnliche Zahl von Bildern, Münzen, Büchern und Andenken an Luther und seine kirchlichen und weltlichen Zeitgenossen sowie Erinnerungsstücke an die Einführung der Reformation und im besondern an die früheren Gedächtnisfeiern der Reformation in Halle gezeigt werden können. An private Sammler ergeht die Bitte, der Ausstellung Originale und Kopien von Stücken, die sich auf Luther, seine Zeit, seine Zeitgenossen, seine Stätten, seine Denkmäler und seine Schriften beziehen, zur Verfügung zu stellen. —

Aus der Provinz.

Bitterfeld. Feuer. Am Donnerstag abend gegen 10 Uhr entstand auf dem benachbarten Werke der Firma Bauermeister u. Söhne (Deutsche Grube) ein Schadenfeuer, in dessen Verlauf die Abteilung Tonröhrenfabrik vollständig eingeäschert wurde. Der herrschende Sturm und auch Wassermangel begünstigten die Verbreitung des Brandes, der anscheinend im Kesselhaus entstanden ist. Nach mehrstündiger Tätigkeit der zur Hilfe herbeigeeilten Dampfspritze und Feuerwehren konnte der Brand gelöscht werden. —

Merseburg. Die Milchversorgung unsrer Stadt hat in letzter Zeit zu lebhaften Klagen der Versorgungsberechtigten Anlaß gegeben. Der städtischen Verwaltung ist es nun gelungen, eine größere Menge Milch für die Stadt zugewiesen zu erhalten. Diese soll in der städtischen Verkaufsstelle Burgstraße 16 vom Dienstag ab an die Versorgungsberechtigten gegen Milchkarten verkauft werden. In erster Linie sollen diejenigen Personen berücksichtigt werden, die von den andern Milchstellen wegen knapper Belieferung keine Milch erhalten konnten. Uebrigens ist der Kleinhandelshöchstpreis für Milch im Kreise Merseburg auf 38 Pfg. (bei Vollmilch) festgesetzt worden. —

— Margarineverteilung. 30 Gramm Margarine werden an die Haushaltungen in den Butterverteilungsstellen 10 bis einschließlich 14 ausgegeben. — Wie man mitteilt, wird die Fettration von dieser Woche an erhöht; man hofft, auf den Kopf der Bevölkerung 45 Gramm verausgaben zu können. —

Naumburg. Zur Nahrungsmittel-Versorgung wird aus amtlichen Stellen mitgeteilt: Von Verbrauchern wird jetzt vielfach über die Güte der gelieferten Herbstkartoffeln geklagt. Es wird deshalb auf die Lieferungsbestimmungen der Reichskartoffelstelle aufmerksam gemacht, wonach als Speisekartoffeln gute, gesunde und sorgfältig von Erde gereinigte Kartoffeln von 2,72 Zentimeter (1 Zoll) Mindestgröße zu liefern sind. Verfaulte und zerfressene Kartoffeln dürfen nicht geliefert werden. Die Verkäufer brauchen solche Kartoffeln nicht abzunehmen. — Es ist zu hoffen, daß die Butterzuteilungen wieder pünktlich eintreffen und daß diese Woche wieder Butter verteilt werden kann. Ob aber 50 Gramm gegeben werden können, steht noch nicht fest. Infolge der warmen und trockenen Witterung sind die Futterverhältnisse nicht günstig gewesen und deswegen haben die Zufuhren von Butter gestockt. — Der Magistrat hatte versuchsweise gestattet, daß bei den Einkäufen die abgeschnittenen Marken ohne die Stammkarte Gültigkeit haben sollen. Bei den Fleischverkäufen hat dies aber zu Mißständen geführt, weil die Einwohner sich nicht an ihren Fleischer, bei dem sie eingetragen sind, hielten, sondern dahin gingen, wohin es ihnen gerade beliebte. Hierdurch ist es geschehen, und es mußte natürlich vorkommen, daß einzelne Fleischer zuweilen nicht genügend Fleisch hatten. Wenn sich daher die Einwohner nicht an die Vorschriften halten, wird die Vergünstigung, die Stammkarten zu Hause lassen zu können, wieder aufgehoben werden müssen. — Es wird beabsichtigt, allwöchentlich Knochen gegen Vorbehaltsmarken bezirksweise an die Haushaltungen zur Verteilung zu bringen, voraussichtlich schon von nächster Woche an. Diese Einrichtung ist um so mehr zu begrüßen, als jetzt weniger Fett zur Verteilung gekommen ist. Auch wird von dieser Woche an Gelegenheit gegeben, auf vorherige Bestellung in der städtischen Verkaufsstelle gesalzene Zungen gegen Abgabe der nötigen Fleischmarken zu beziehen. —

Wittenberg. Der Wilddieb, der den Rittergutsförster Haase aus Radis durch Messerstiche erheblich verletzt hat, ist als ein auf der Domäne Strohwalde beschäftigter russisch-polnischer Arbeiter ermittelt worden. Er ist flüchtig. —

— Die Elbeschiffahrt liegt infolge des dauernd sehr niedrigen Wasserstandes sehr danieder. Die Tauchtiefe der Kähne ist sehr gering; große Schiffe können kaum noch fahren. Dieser Zustand wirkt in gegenwärtiger Zeit besonders störend für den Transport von Kohlen und von landwirtschaftlichen Produkten. Im Gebiet der Mittelelbe ist in den letzten Tagen infolge einiger Niederschläge ein geringes Steigen des Wassers zu verzeichnen, doch wird vom Oberlauf und vom Unterlauf noch Fallen des Wasserstandes gemeldet. —

Kleine Chronik.

Erpressungen gegen einen Major.

Ein Erpresser, der fast zehn Jahre hindurch sein Opfer fast zur Verzweiflung gebracht und in unerhörter Weise ausgesogen hat, ist der Friseur Wilhelm Gfrörer aus Charlottenburg, der vor der 2. Strafkammer des Landgerichts 3 in Berlin unter der Anklage der fortgesetzten Erpressung stand. Der Angeklagte hatte im Jahre 1908 einen Major kennengelernt, der sich eines Tages ihm gegenüber in sittlicher Beziehung vergaß. Auf Grund dieser Tatsache verfolgte der Angeklagte sein Opfer mit Geldansprüchen. Der Major opferte dem Erpresser seit dem Jahre 1908 jahraus, jahrein große Summen, in der Hoffnung, endlich Ruhe vor ihm zu finden. Der Angeklagte hat sich aber nicht damit begnügt, sondern er hat weiter von dem Major Beträge von 6000 Mark, 3000 Mark, 2000 Mark usw. verlangt und im ganzen etwa 18 000 bis 20 000 Mark erhalten. Endlich war der Bedrohte am Ende seiner Mittel und nun erbat er sich die Hilfe der Polizei. Der Angeklagte ist schon zweimal wegen Erpressung vorbestraft. Das Urteil lautete auf 1½ Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. —

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Art. 68 der Reichsverfassung, des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 verordne ich hiermit im Interesse der öffentlichen Sicherheit und in Erweiterung des Befehls vom 7. 9. 15 betr. Annahme landwirtschaftlicher Arbeiter ohne Entlassungsschein für den Bereich des 4. Armeekorps folgendes:

1. Es ist verboten:
   a) polnische Arbeiter oder Arbeiterinnen jeder Beschäftigung dazu zu verleiten oder irgendwie durch Rat und Tat zu unterstützen, ihre Arbeitsstellen zu verlassen oder die vertragsmäßige Arbeit zu verweigern oder niederzulegen.
   b) ein Arbeitsverhältnis polnischer Arbeiter oder Arbeiterinnen jeder Beschäftigung zu vermitteln oder mit ihnen **einzugehen** ohne den schriftlichen Nachweis, daß sie ihr früheres Arbeitsverhältnis ordnungsmäßig beendet und ihre frühere Arbeitsstelle mit Genehmigung der zuständigen Polizeibehörde verlassen haben.
2. Die Uebertretung sowie die Aufforderung oder Anreizung zur Uebertretung wird, falls nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu 1 Jahre bestraft. Liegen mildernde Umstände vor, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden. Neben dieser Strafe wird erforderlichenfalls — insbesondere im Wiederholungsfall — das Verbot zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter verhängt werden.

Die Verfügung tritt mit dem 10. Oktober in Kraft

Magdeburg, den 20. September 1917.

[illegible]

[illegible]

à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Kriegsanleihe-Versicherung der Iduna
Mit großen Vorteilen ausgestattete Sondereinrichtung!
Keine ärztliche Untersuchung —— Keine Wartezeit
Kriegsgefahr sofort eingeschlossen
Gesunde **Personen von 10 bis 50 Jahren** können **300 bis 10 000 Mark Kriegsanleihe** versichern
Fallende Beiträge; die Verminderung entspricht einer Zinsvergütung von 5%
Man verlange Drucksachen bei den Vertretern oder der Direktion in **Halle**
Mitarbeiter werden gesucht 5178

Albrechts Naturheilanstalt
— Telephon 6451 —
28 Friedenstraße 28.
Gut eingerichtetes Sanatorium.
Alle elektrischen u. medizinischen Bäder.
Künstliche **Höhensonne** usw. gut bewährt.

Korsette für **Damen** und **Kinder** in allen Weiten,
Strümpfe in **Wolle, Baumwolle** u. **Seide** für Damen, Herren u. Kinder in all. Preislagen im Kaufhaus
H. Elkan **Leipziger Str. 87.**

Die auf dem Südfriedhofe belegenen Abteilungen 5 bis 8, in welchen in der Zeit von Ende 1890 bis Anfang August 1893 Erwachsene und Kinder beerdigt worden sind, kommen voraussichtlich Anfang Januar 1918 zur Wiederbelegung.

Die Weitererhaltung von Reihengräbern für eine weitere Begräbnisperiode kann gemäß § 16 der Friedhofsordnung vom 12. Februar und 8. März 1906 gestattet werden. Anträge sind unter genauer Angabe der Nummer und Reihe des Grabes

bis zum 20. Oktober 1917

an uns einzureichen. Später eingehende Anträge können keine Berücksichtigung finden.

Halle, den 27. September 1917. **Der Magistrat.**

Vorträge des Bundes zur Erhaltung und Mehrung d. deutschen Volkskraft.
Beginn:
Donnerstag den 11. Oktober 1917, abends 8½ Uhr in den „Thalia-Sälen", Geiststraße 42a
Volkswirtschaftliche Bedeutung der Elektrizität
(Mit Lichtbildern.)
Professor Dr. Karl Schmidt.
Die weitere Vortragsfolge ergibt sich aus dem auf der Geschäftsstelle des Bundes, Magdeburger Straße 21, und an der Abendkasse erhältlichen Programm. Dort sind auch die Bedingungen des Zutritts zu den Vorträgen zu erfahren.

Mädchenkleider und **Knabenanzüge**
aus guten Waschstoffen in großer Auswahl preiswert
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Stadttheater.
Dienstag den 9. Oktober 1917: **Es lebe das Leben** von H. Sudermann. Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
Mittwoch: **Tannhäuser.** — Donnerstag: **La Serva Padrona,** hierauf **Der zerbrochene Krug.** — Freitag: **Figaros Hochzeit.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171008-15/fragment/page=0004